



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

Antworten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) auf die Fragen des Netzwerkes gerechter Welthandel

1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Mandate für Handelsverhandlungen, die älter als 5 Jahren sind, ausgesetzt und im Sinne des Green Deals und der SDGs überprüft werden?

Antwort:

Vor dem Beginn von Handelsgesprächen mit Drittstaaten bewertet die Europäische Kommission den Stand der gegenseitigen Beziehungen genau. Die Verhandlungsmandate müssen nicht nur die Verhandlungsziele der EU definieren, sondern müssen auch die Art der Handelsbeziehung im Blick behalten, die Fähigkeiten des Drittstaats berücksichtigen und realistisch sein. Die Aussetzung bereits erteilter Mandate – und damit den möglichen Abbruch laufender Verhandlungen – lehnen wir ab.

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Europaparlament bei der Entwicklung, Verabschiedung und Umsetzung neuer Handelsabkommen stärker einbezogen und im Sinne des Trilogs stärker beteiligt wird?

Antwort:

Das Europäische Parlament ist bereits heute in alle Phasen des Zustandekommens von Handelsabkommen eng eingebunden. In die Verhandlungsmandate fließen die Standpunkte des Parlaments ein. Während der Verhandlung wird das Parlament kontinuierlich durch die Kommission unterrichtet. Eine Verabschiedung von Handelsabkommen ist ohne das Parlament unmöglich und in der Implementierung ist die Kommission verpflichtet, regelmäßig an das Parlament Bericht zu erstatten.



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

3. Werden Sie sich dafür einsetzen, keine Abkommen mit Sonderklagerchten für Investoren mehr geschlossen werden?

Antwort:

Sogenannte „Sonderklagerchte“, wie sie in der Vergangenheit im Kontext des Streitbeilegungsmechanismus zwischen Investoren und Staaten diskutiert wurden, wurden in ihrer Funktionsweise verzerrt dargestellt. Eine grundsätzliche Problematik besteht nicht.

4. Werden Sie sich dafür einsetzen, Anti-Korruptionsmaßnahmen-Register bei der EU eingerichtet werden, die Korruptionsvorgänge mit Beteiligung von europäischen Staaten und ihren Rechtssubjekten in Handelspartnerstaaten weltweit erfassen und öffentlich dokumentieren?

Antwort:

Der Fokus der Handelspolitik muss der genuinen Handelspolitik gelten. Wir halten es für nicht sinnvoll, politische Sachfragen aus anderen Politikfeldern in die Handelspolitik auszulagern.

5. Werden Sie sich dafür einsetzen, das EU-Mercosur-Abkommen, das vor allem wegen seiner Auswirkungen auf das Klima, die biologische Vielfalt und die Menschenrechte in der Kritik steht, nicht ratifiziert wird?

Antwort:

CDU und CSU sprechen sich für einen raschen Abschluss des Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Staaten aus. Durch den freien Handel mit



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

den Mercosur-Staaten entstehen neue Exportchancen und Absatzmärkte für die europäische und deutsche Wirtschaft. Dabei ist auf eine Standardsetzung im Landwirtschafts-, Umwelt-, Arbeits- und Sozialbereich zu achten, die den europäischen Interessen entspricht.

6. Werden Sie sich dafür einsetzen, Wirkstoffe und Produkte, die in der EU nicht erlaubt oder explizit verboten sind, nicht mehr exportiert werden dürfen?

Antwort:

Als CDU und CSU legen wir Wert auf eine exakte Betrachtung. Bei Wirkstoffen und Produkten, die auf gesetzlich gültiger Grundlage im Binnenmarkt nicht eingesetzt werden dürfen, muss fallspezifisch geprüft werden, welchen Regelungen sie ggf. im Zielmarkt des Drittstaates unterliegen. Eine alleinige Verantwortlichkeit der EU, ihrer Mitgliedstaaten und Unternehmen lehnen wir ab.

7. Werden Sie sich dafür einsetzen, alle Handelsabkommen, die im EU-Parlament zur Abstimmung gebracht werden, rechtlich verbindliche, sanktionsbewehrte Bestimmungen zu Menschenrechten, Umwelt- und Klimazielen enthalten?

Antwort:

Wir halten am Grundsatz fest, dass neue Handelsabkommen gleichermaßen ambitionierte Ziele definieren, aber auch in der Umsetzbarkeit realistisch bleiben müssen. Inhaltliche Vorbedingungen zu stellen, ohne den Entwicklungsstand eines Drittstaats zu berücksichtigen, lehnen wir ab, da ein solcher Ansatz nicht umsetzbar wäre.

8. Werden Sie sich dafür einsetzen, Handelsabkommen mit Ländern des Globalen Südens, eine selbstbestimmte Industriepolitik fördern, die zur regionalen



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

Integration sowie zur Ernährungssouveränität beitragen, so dass diese gegenüber den Folgen des Klimawandels widerstandsfähig werden?

Antwort:

Als CDU und CSU glauben wir an Handelsabkommen als „Win-Win“-Abkommen. Wir unterstützen den Ansatz der Europäischen Union, Drittstaaten durch ambitionierte Handelsabkommen in ihrer Entwicklung zu stärken und zu stützen. Dies gilt sowohl im Hinblick auf die eigene wirtschaftliche Lage und Stärke von Drittstaaten als auch für Bestrebungen zu einer stärkeren regionalen Integration.